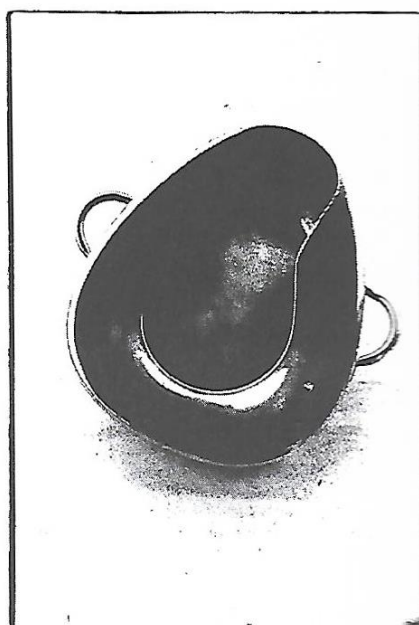




Bürgerarbeit für Langzeitarbeitslose: Straßen kehren, Denkmäler putzen, Bettpfannen ausleeren. Dieses Arbeitstraining soll die schwer Vermittelbaren wieder fit für den Arbeitsmarkt machen / Fotos: Heribert Corn

Einer muss der Novak sein

BÜRGERGELD Schwarz-Blau will Langzeitarbeitslose zu gemeinnützigen Arbeiten einteilen. Arbeitstraining und Wiedereinstieghilfe nennt das die Regierung, Zwangsarbeit und Lohndumping die Kritiker.

GERALD JOHN und EVA WEISSENBERGER

Wer waren die drei ersten Gewerkschafter? Die Heiligen Drei Könige. Sie legten die Arbeit nieder, hüllten sich in Purpur und gingen auf Reisen. Jan Novak kann sich über den Witz immer noch zerkugeln. Als er vor 30 Jahren aus der damaligen ČSSR nach Österreich flüchtete, brachte er neben seinem böhmischen Akzent auch ein paar Prager-Frühling-Scherze mit. Zynischer Humor hilft Novak heute wieder über eine missliche Lage hinweg: Der 55-Jährige ist einer von 34.000 österreichischen Langzeitarbeitslosen.

Im Sommer könnte der Frohnatur das Lachen vergehen. Dann muss Novak möglicherweise Straßen kehren, Hecken schneiden, Hundstrümmerl einsammeln, alten Menschen die Bett-schüssel wechseln oder Denkmäler putzen. Dazu will ihn die neue Regierung zwingen. Schwarz-Blau verspricht Novak als Gegenleistung ein „Bürgergeld“ und bessere Chancen auf ein Comeback am Arbeitsmarkt. „Was bringt mir das, wenn ich dem Prinz Eugen den Arsch putze?“, schimpft der gelernte Techniker für medizinische Geräte: „Das ist ein Zwangsposten, wie ich ihn aus der ČSSR kenne.“

Umgesetzt wird das Projekt „Integra“ von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, der neuerdings auch Ar-

beitsminister ist. Die Idee stammt aber unverkennbar von VP-Klubobmann Andreas Khol. Dem Bürgergesellschafts-Mastermind war es stets ein Anliegen, Günstlinge des Wohlfahrtsstaates aus der „sozialen Hängematte“ zu schmeißen. Laut Koalitionsvertrag sollten Langzeitarbeitslose „verpflichtet“ werden, „im Sozial-, Umwelt- und Denkmalschutzbereich für sie geeignete Arbeit anzunehmen, wobei ihnen sodann neben der Notstandshilfe ein Bonus als Bürgergeld gewährt wird“.

Auf den Arbeitsmarkt könnten die neuen Billighackler verheerende Auswirkungen haben, fürchtet der Sozialexperte der Diakonie, Martin Schenk

Andernfalls würde die Notstandshilfe gestrichen. Experten von Arbeiterkammer oder Arbeitsmarktservice hatten für diese Idee nur einschlägige Vokabeln übrig: „Arbeitsdienst“ und „Zwangsarbeit“.

Nun wird doch nicht so heiß gegessen, wie es das ursprüngliche Rezept im Koalitionsvertrag vorsah: Arbeitsminister Martin Bartenstein kündigte nachträglich „begleitende Schulungen und Ausbildung“ an – natürlich in Zusammenarbeit mit bewährten Hilfsorganisationen. Das „Bürgergeld“ sei schließlich kein Deckname für

Zwangsarbeit, sondern eine ganz normale Wiedereinstieghilfe für Langzeitarbeitslose, ein „Arbeitstraining“ eben. Die Aushilfsjobs sollen auch solche bleiben und keinesfalls zur Dauerbeschäftigung werden, deshalb werden die Programme auf ein halbes Jahr limitiert. Die Arbeitslosen kassieren für ihre gemeinnützige Arbeit im Rahmen des Programmes „Integra“ Notstandshilfe plus 20 Prozent, insgesamt aber mindestens 8300 Schilling. Damit strich Bartenstein immerhin die ärgste

Unrechtfertigkeit aus dem Regierungsprogramm: Ohne Sockelbetrag wäre das Bürgergeld für einige Bezieher auf einen Hungerlohn geschrumpft. Denn das Einkommen des Ehepartners wird auf die Notstandshilfe angerechnet, und daher sind vor allem bei Frauen ausbezahlte Beträge von unter 3000 Schilling keine Seltenheit. Der 20-Prozent-Bonus wäre da kaum mehr als ein Taschengeld.

Dennoch: Auch nach den bartensteinischen Korrekturen müssen Langzeitarbeitslose in der Regel zu einem deutlich geringeren Salär als dem kol-

lektivvertraglich vereinbarten Mindestlohn dienen. Zum Vergleich: Ein Bundesvertragsbediensteter der Stufe E – laut Arbeiterkammer versteht man darunter einen „ungelernten Laubzusammenkehrer“ – verdient 14.800 Schilling im Monat. Einem Gebäudereiniger stehen mindestens 12.500 Schilling zu. Der Mindestlohn für soziale Dienste wiederum beträgt im ersten Berufsjahr 17.175 Schilling. Eine krasse Verletzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“? Alles eine Frage der Definition. Erwin Buchinger, Chef des Arbeitsmarktservices Salzburg und scharfer Kritiker des ursprünglichen Bürgergeld-Modells, vertraut den Beteuerungen Bartensteins, dass es sich bei Arbeitsdiensten nun doch um ein Arbeitstraining handle. „Das wäre kein Systembruch“, meint Buchinger: „Der 20-prozentige Zuschlag stellt sogar eine Verbesserung dar.“ Auf Berufsschutz können sich Notstandshilfebezieher auch jetzt schon nicht berufen. Auch qualifizierte Kräfte müssen jede Art von Arbeit annehmen. Josef Wallner von der Arbeiterkammer sieht das skeptischer: „Gegen echte Schulungen mit einem klar definierten Betreuungsplan haben wir nichts. Tätigkeiten wie Denkmalpflege haben mit Weiterbildung aber nichts zu tun und sollen in ordentlichen Arbeitsverhältnissen entlohnt werden.“

Die Klarstellung aus dem Büro des Arbeitsministers wird den Arbeiterkammerer nicht freuen. „Es handelt sich um keine Schulung auf Qualifikation, beim Stadtgartenamt wäre das wenig sinnvoll“, sagt Bartenstein-Sprecherin Ingrid Nemec: „Berufsbildende Schulungen gibt es ja schon.“ Gedacht werde vielmehr an Angebote wie Bewerbungstraining.

Auf den Arbeitsmarkt könnten die neuen Billighackler verheerende Auswirkungen haben, fürchtet Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie. Schenk prognostiziert einen „Job-Rotation-Effekt“: „Menschen mit Mindestlohnjobs werden entlassen und später als Bürgergeld-Empfänger für dieselbe Tätigkeit wieder eingesetzt.“ Warum soll eine Gemeinde auch einen Altenpfleger für über 17.000 Schilling anstellen, wenn sie dieselbe Kraft für einen Bruchteil bekommt? Denn das Bürgergeld ist für die Arbeitgeber ein Klacks: Die Notstandshilfe zahlt weiterhin das Arbeitsamt, bleibt nur der bescheidene Zuschlag.

Den Vorwurf des Lohndumpings will man im Ministerbüro nicht auf sich sitzen lassen. „Wir sagen ja: Keine marktfähige Arbeit!“ Die Arbeitslosen sollen überall dort eingesetzt werden, wo in den Gemeinden „nicht leistbare Arbeit“ anfällt. ÖVP-Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer lehnt dankend ab: „Das kommt zu spät, der Trend geht heute dahin, Gemeindefunktionen zu privatisieren. Den Rest haben wir gut organisiert.“ Außerdem, merkt Mödlhammer an, habe er mit dem Bürgergeld ein „moralisches Problem“. Norbert Geldner, Arbeitsmarktexperte des Wirtschaftsforschungsinstitutes WIFO, findet die Argumente des Arbeitsministeriums überhaupt samt und sonders kurios: „Ist eine Arbeit sinnvoll, dann soll sie gerecht und zu Tariflöhnen bezahlt werden. Ist sie nicht sinnvoll und nicht marktfähig, frage ich mich: Wozu werden die Menschen dann darauf eingeschult? Mit einer nicht marktfähigen Ausbildung findet niemand einen richtigen Job.“

Ein Argument spricht jedoch für das

Programm „Integra“: Langzeitarbeitslosigkeit kann zu sozialer Isolation und in weiterer Folge zu Depressionen führen. Dem wollen Projekte für Beschäftigungslose gegensteuern – wie die „Nachbarschaftszentren“ des VP-nahen Hilfswerkes: In Kommunikationszentren kümmern sich Arbeitslose um Schicksalsgenossen oder alte Menschen, die Kontakt suchen. Ehrenamtliche Arbeit reintegriert in den Arbeitsmarkt, belegt eine Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik. „Voraussetzung dafür ist aber die Freiwilligkeit“, sagt EZW-Mitarbeiter Michael Stadler: „Und man muss sich im Klaren sein, dass dieses Konzept kein Geld spart. Ganz im Gegenteil. Langzeitarbeitslose brauchen soziale Betreuung. Und das kostet.“

Ich freue mich, wenn ich aufstehe und weiß, ich werde gebraucht“, sagt Christine K. und lächelt. Die gelernte Friseurin und ehemalige Kellnerin war acht Jahre lang arbeitslos, bevor sie im Dezember bei der Caritas einen betreuten Arbeitsplatz für ein Jahr angeboten bekam. Dabei hatte der Betreuer beim Arbeitsamt der 55-Jährigen schon geraten, um Frühpen-sionierung anzusuchen: Zu alt für einen Job, hieß es. Jetzt sortiert, wäscht, bügelt und verkauft K. fleißig alte Kleider im Caritas-Spendenlager am

Gerade langzeitarbeitslosen Frauen, die nach der Karenz keinen Job mehr finden, soll das Bürgergeld beim Wiedereinstieg helfen. Beteuert zumindest die Regierung

Mittersteig und fühlt sich wieder „wertvoll und glücklich“. Allerdings ist Christine K. für ihre Arbeit auch ordnungsgemäß angestellt und verdient 13.100 Schilling brutto.

Auch Barbara M. arbeitet am Mittersteig – freiwillig wohlge-merkt. Die Zwangsmaßnahme des Bürgergeldes hält sie für einen „Blödsinn, denn wer nicht hackeln will, geht dort auch nicht hin“. Sie selbst will hingegen arbeiten



Langzeitarbeitslose Barbara M.: „Arbeitgeber bevorzugen Mädchen, die keine Kinder mehr bekommen“ / Foto: Gossow

und ist auch „für jeden Job zu haben“. Nur nimmt sie niemand. M. hat Schulden, drei kleine Kinder und schreitet auf die 40 zu. Beste Voraussetzungen für eine Karriere als Langzeitarbeitslose. „Die Arbeitgeber bevorzugen 15-jährige Mädchen, die einen Vertrag

unterschreiben, dass sie keine Kinder mehr bekommen“, stöhnt das Verkaufstalent, während sie einer älteren Dame Hüte zeigt.

Gerade Frauen wie Barbara M., die nach der Karenz keinen Job mehr finden, soll das Bürgergeld beim Wiedereinstieg helfen. Beteuert zumindest die Regierung. Der Politologe Emmerich Tálos nimmt ÖVP und FPÖ dieses Anliegen allerdings nicht ab. Das Re-

gierungsprogramm bringe ein generelles Misstrauen gegenüber Arbeitslosen zum Ausdruck, meint Tálos: „Ständig ist von Sozialmissbrauch die Rede. Mit dem Bürgergeld wird die Ausgrenzung nur stabilisiert.“

Das sehen auch viele „Hacknstade“ so. „In der Öffentlichkeit wird so getan, als ob wir nicht arbeiten wollten oder könnten“, klagt Alfred Braun, 52-jähriger Arbeitsloser: „Das macht dich fertig.“ Vor allem, wenn man wie Braun schon seit vier Jahren einem Job nachläuft. Längst hat er es aufgegeben, seine erfolglosen Bewerbungsschreiben zu zählen. Wenn in Annoncen Sätze wie „Unser junges Team freut sich auf Ihre Mitarbeit“ gedroschen werden, spart er sich gleich das Papier. Nicht dass der Mann hoffnungslos unterqualifiziert wäre. Als Produktmanager beim Konsum ver-diente Braun einst immerhin 36.000 Schilling. Doch als der rote Riese fiel, landete auch er auf der Straße. „Am Anfang war es noch wie Urlaub“, erzählt er, „doch dann fällt man in ein tiefes Loch und fühlt sich wertlos.“ „Man scheißt auf alles“, ergänzt ein Schicksalsgenosse.

Gegen diese „Scheiß drauf“-Stimmung kämpft der Verein „Zum alten Eisen?“, so gut es geht, an. Jeden Donnerstag treffen sich Obmann Braun und andere ältere Arbeitslose im Laudonstüberl in der Josefstadt, um Lobbystrategien zu entwickeln. Die Alten fordern respektvolle Behandlung und natürlich Arbeit. Dem Bürgergeld spricht Obmann Braun beide Effekte ab. „Wenn jemand auf Arbeiten trainiert wird, die nicht marktkonform sind, wird er später am Arbeitsmarkt dafür nie Geld bekommen“, kritisiert der Marktforscher a.D.: „Und wenn es sich um echte Arbeiten handelt, entsteht durch die unterschiedliche Bezahlung eine Mehrklassengesellschaft.“ Keine guten Aussichten für die Langzeitarbeitslosen. Melancholie liegt in der Luft, als einer am Tisch das Seidl zum Trinkspruch erhebt: „Ein Wort zum Trost: Prost.“

Kontakt-Telefonnummer Verein „Zum alten Eisen?“, 402 47 47.